19. Wahlperiode

Schriftliche Anfrage

der Abgeordneten Anne Helm und Ines Schmidt (LINKE)

vom 3. Februar 2025 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 4. Februar 2025)

zum Thema:

Frauenhäuser in Berlin und Aufnahme vulnerabler Gruppen

und **Antwort** vom 20. Februar 2025 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 21. Februar 2025)

Frau Abgeordnete Anne Helm und Frau Abgeordnete Ines Schmidt (LINKE)

über
die Präsidentin des Abgeordnetenhauses von Berlin

über Senatskanzlei – G Sen –

Antwort

auf die Schriftliche Anfrage Nr. 19/21554

vom 3. Februar 2025

über Frauenhäuser in Berlin und Aufnahme vulnerabler Gruppen

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

1. Wie viele Frauenhäuser in Berlin sind barrierefrei zugänglich?

Zu 1.: Berlin verfügt über ein baulich vollständig barrierefreies Frauenhaus mit 40 Plätzen. Ein weiteres Frauenhaus ist baulich barrierearm ausgestaltet und verfügt zudem über zwei rollstuhlgerechte Ein-Zimmer-Appartements. Ein drittes Frauenhaus hat ein rollstuhlgerechtes Zimmer. Derzeit wird die Inbetriebnahme von rund 50 weiteren Schutzplätzen für von akuter Gewalt betroffene Frauen und ihre Kinder in einer barrierearmen Immobilie vorbereitet.

2. Inwiefern decken Frauenhäuser mit einem barrierefreien Zugang den tatsächlichen Bedarf an Frauenhausplätzen mit einem barrierefreien Zugang?

Zu 2.: Valide Zahlen zum tatsächlichen Bedarf an barrierefreien Frauenhausplätzen liegen nicht vor. Aufgrund der durch Studien belegten überproportional hohen Gewaltbetroffenheit von Frauen mit Behinderung hält der Senat den weiteren Ausbau von barrierefreien Schutzplätzen nach wie vor für erforderlich, auch wenn sich das Angebot an barrierefreien Schutzplätzen in den vergangenen drei Jahren deutlich verbessert hat.

3. Gibt es Planungen oder Maßnahmen, die Barrierefreiheit in Frauenhäusern zu verbessern?

Zu 3.: Der Ausbau barrierefreier Plätze in Schutzeinrichtungen zählt zu den Maßnahmen des Landesaktionsplans zur Umsetzung der Istanbul Konvention in Berlin, die der auf Ebene der Staatssekretär:innen angesiedelte Runde Tisch „Istanbul Konvention umsetzen in Berlin“ im Februar 2024 priorisiert hat (Maßnahme 53). Wie in der Antwort auf die Frage 1 dargestellt, wird derzeit die Inbetriebnahme von weiteren voraussichtlichen 50 Schutzplätzen in einer barrierearmen Immobilie vorbereitet. Auch das sich in Planung befindliche 9. Frauenhaus wird barrierefrei gestaltet werden.

Um das Schnittstellenmanagement zwischen den Angeboten des Berliner Hilfesystems für gewaltbetroffene Frauen und der Eingliederungshilfe zu verbessern, wurde in 2024 die Fachstelle Gewaltschutz inklusiv, ein Kooperationsprojekt zwischen der Mutstelle (Lebenshilfe gGmbH) und BIG e.V. ins Leben gerufen.

4. Werden marginalisierte Frauen, wie Frauen mit Behinderung, ältere Frauen oder Frauen mit Trans-Identitäten, in Frauenhäusern in Berlin aufgenommen?
5. Wird das Angebot von diesen Gruppen tatsächlich in Anspruch genommen?

Zu 4. und 5.: Die Berliner Frauenhäuser stehen für die hier genannten Zielgruppen zur Verfügung und werden von diesen auch in Anspruch genommen. Einschränkungen bei der Aufnahme können sich aus individuellen Bedarfen ergeben, für die das jeweilige Frauenhaus nicht ausgestattet ist (beispielsweise Pflegebedarf, spezifische Anforderungen an die Barrierefreiheit).

6. Gibt es einheitliche Aufnahmekriterien für Frauenhäuser in Berlin, die auch für die oben genannten Gruppen gelten?
7. Falls es Unterschiede bei den Aufnahmekriterien gibt, welche und wie viele Frauenhäuser nehmen Frauen aus diesen Gruppen auf und welche nicht? (Bitte eine Aufschlüsselung der Kriterien und Häuser bzgl. der oben genannten Gruppen angeben!)

Zu 6. und 7.: Die Arbeit der Berliner Frauenhäuser beruht auf den unterschiedlichen Konzepten der jeweiligen Träger. Insofern gibt es keine einheitlichen Aufnahmekriterien. Grundsätzlich nehmen alle Berliner Frauenhäuser im Falle einer akuten Gewaltbetroffenheit die in der Frage 4 genannten Gruppen auf, sie setzen jedoch bei ihrer konzeptionellen Ausrichtung unterschiedliche Schwerpunkte. Außerdem befinden sich die Frauenhäuser in baulich unterschiedlich ausgestatteten Immobilien, was wiederum Auswirkungen auf die Barrierefreiheit und somit die Möglichkeit der Aufnahme von beispielsweise Frauen mit Beeinträchtigungen hat.

8. Welche Alternativen werden Frauen, die nicht in den konventionellen Frauenhäusern untergebracht werden können, akut geboten? (Bitte konkrete Anlaufstellen, Hilfeangebote und Unterbringungsmöglichkeiten nennen, insbesondere für: Frauen mit Behinderungen, ältere Frauen, einschließlich Seniorinnen mit Demenzerkrankungen, Frauen mit Trans-Identitäten.)

Zu 8.: Wenn die Aufnahme einer gewaltbetroffenen Frau in einem Frauenhaus nicht möglich ist, wird zunächst – ggf. mit Unterstützung anderer Einrichtungen des Berliner Hilfesystems – nach alternativen Lösungen gesucht. So bietet die Clearingstelle nicht nur die Vermittlung, sondern auch Unterbringungsmöglichkeiten gewaltbetroffener Frauen an. Eine weitere Möglichkeit kann zudem die Unterbringung in einer Frauen-Schutzwohnung oder in einer Zufluchtswohnung sein. Darüber hinaus halten Fachberatungs- und Interventionsstellen Unterstützungsangebote bei häuslicher Gewalt vor (u.a. Frauenraum, Frauentreffpunkt, Frauenberatung Tara, Frauenberatung Bora, interkulturelle Beratungsstelle, Eulalia Eigensinn). Außerdem wurden in 2024 die von der Landesstelle für Gleichbehandlung – gegen Diskriminierung finanzierten zehn anonymen Schutzplätze für LSBTIQ+ ausgebaut und um fünf zusätzliche Plätze erweitert. Diese stehen insbesondere TIN Personen bei häuslicher Gewalt/Beziehungsgewalt zur Verfügung.

Sollten Frauen aufgrund ihrer spezifischen Bedarfe nicht in einem Frauenhaus aufgenommen werden können, werden diese im Rahmen der Verweisberatung nach Möglichkeit an bedarfsgerechte Unterstützungsangebote vermittelt. Dies können je nach Bedarf beispielsweise Angebote der Eingliederungs- oder Suchthilfe oder, im Fall von psychischen Erkrankungen, auch solche des Gesundheitssystems sein.

9. Ist sichergestellt, dass auch die Kinder der Frauen, die in den Schutzhäusern untergebracht werden, jederzeit betreut werden können?

Zu 9.: Alle Frauenhäuser halten zeitlich begrenzte Angebote für die Kinder der Bewohnerinnen vor (s. hierzu auch die Antwort auf die Frage 11). Die Kinder und Jugendlichen werden zudem so schnell wie möglich an die Kitas und Schulen im Umkreis des Frauenhauses angebunden. Darüber hinaus versorgen und beaufsichtigen die Bewohnerinnen ihre Kinder selbst.

10. In der aktuellen Studie zur Versorgungssituation für von häuslicher und sexualisierter Gewalt betroffene Frauen* und Mädchen* in Berlin fehlten Ende 2023 bei 211 Familienplätzen in Frauenhäusern, Frauen-Schutzwohnungen und der Clearingstelle (mit verfügbaren 522 Betten) 176 Familienplätze, um den Vorgaben der Istanbul-Konvention zu entsprechen. Hat sich diese Situation innerhalb des Jahres 2024 verbessert?

Zu 10.: In 2024 wurde eine weitere Frauen-Schutzwohnung mit 14 Plätzen eingerichtet. Zudem konnte die ursprünglich zeitlich befristet eingerichtete Schutzwohnung für geflüchtete Frauen aus der Ukraine verstetigt werden. Sie wird als reguläre Zufluchtswohnung bei Casamia (Interkulturelle Initiative e. V.) fortgeführt. Zudem wurde in 2024 ein Interessensbekundungsverfahren für eine weitere Schutzeinrichtung mit voraussichtlich 50 Plätzen durchgeführt (s. auch Antwort auf Frage 1).

11. Wie viele Frauenhäuser bieten spezielle Angebote für Kinder (z. B. pädagogische Betreuung, psychologische Unterstützung)?

Zu 11.: In allen Frauenhäusern gibt es spezifische Angebote für die Kinder der Bewohnerinnen, die von pädagogischem Fachpersonal vorgehalten werden.

Ein Frauenhaus bietet zudem psychologische Beratung für Kinder und Jugendliche an. In 2024 wurden die Kinder- und Jugendbereiche in den Frauenhäusern in Umsetzung der Maßnahme 55 des Landesaktionsplans zur Umsetzung der Istanbul Konvention mit Mitteln i. H. v. rund 500.000 € aufgestockt.

Hinweis zu folgenden Fragen 12 bis 16: Die Beantwortung dieser Fragen beruht auf Informationen der Mitarbeitenden in den Frauenhäusern, die anlässlich der vorliegenden Schriftlichen Anfrage abgefragt wurden.

12. Wie wird sichergestellt, dass schulpflichtige Kinder der Frauen, die in Frauenhäusern untergebracht werden, weiterhin am Schulunterricht teilnehmen können?

Zu 12.: Falls der Verbleib an der früheren Schule aus Sicherheitsgründen oder aufgrund eines unzumutbar langen Schulwegs nicht möglich ist, setzen sich die Mitarbeitenden des Frauenhauses zeitnah mit der jeweiligen Schule im Einzugsgebiet und dem Schulamt wegen eines Schulwechsels in Verbindung.

13. Gibt es Kooperationsverträge mit standortnahen Schulen? Wenn ja, klappt die Teilnahme am Unterricht nach bisheriger Erfahrung problemlos?

Zu 13.: Es gibt keine schriftlichen Vereinbarungen mit standortnahen Schulen, häufig kooperieren Frauenhaus und Schulen jedoch schon jahrelang gut und vertrauensvoll. Berichten aus der Praxis zufolge ist es weniger problematisch, einen Platz an einer Grundschule zu finden, da sich hier die Zuständigkeit aus dem Einzugsbereich ergibt. Die Suche nach einem Platz an einer Oberschule kann sich aufwändiger gestalten, insbesondere, wenn bestimmte Förderbedarfe zu berücksichtigen sind.

14. Wie lange dauert es durchschnittlich vom Eintreffen der Kinder im Frauenhaus bis zum ersten Schulbesuch? Bitte eine Aufschlüsselung nach den Frauenhäusern in Berlin angeben!

Zu 14.: Im Durchschnitt vergehen zwischen der Aufnahme in einem Frauenhaus und dem ersten Schultag an einer neuen Schule nach Angaben aus der Praxis zwischen ein bis vier Wochen. Je nach Fallkonstellation – zum Beispiel bei Vorliegen eines besonderen Förderbedarfes – kann dieser Zeitraum auch länger sein. Eine Aufschlüsselung nach Frauenhäusern ist nicht möglich, da diese Daten nicht durchgängig erhoben werden.

15. Falls es keine Kooperationen mit nahegelegenen Schulen gibt, durch welche Maßnahmen wird sichergestellt, dass die Kinder keinen Schulstoff versäumen?

Zu 15.: Um eine eventuelle Wartezeit bis zur Aufnahme in einer neuen Schule zu überbrücken, nehmen die Mitarbeitenden im Frauenhaus teilweise Kontakt zur früheren Schule auf und bitten um Übersendung von Lehrmaterialien. Zudem unterstützen die pädagogischen Fachkräfte die noch nicht beschulten Kinder, indem sie jahrgangsgerechte Arbeitsblätter mit ihnen bearbeiten bzw. passende Lernsoftware zur Verfügung stellen.

16. Falls die Kinder weiterhin ihre bisherigen Schulen besuchen müssen, wie wird sichergestellt, dass sie dort nicht von ihren gewalttätigen Vätern abgefangen oder aufgesucht werden? Gibt es polizeiliche Unterstützung? Wenn ja, welche konkreten Maßnahmen werden hierbei ergriffen?

Zu 16.: Aus Sicherheitsgründen findet in den meisten Fällen ein Schulwechsel statt. Falls Kinder weiterhin die frühere Schule besuchen, werden je nach konkreter Fallkonstellation gegebenenfalls Maßnahmen wie die Beantragung von Kontakt- und Näherungsverboten ergriffen.

17. Wie wird die Finanzierung der Frauenhäuser in Berlin derzeit geregelt? Wie hoch ist der Anteil der Finanzierung durch Sozialleistungen, Eigenmittel der Frauen und andere Quellen (z. B. Spenden, öffentliche Förderung)?

Zu 17.: Die acht Berliner Frauenhäuser werden von der für Frauen und Gleichstellung zuständigen Senatsverwaltung im Rahmen der Fehlbedarfsfinanzierung über Zuwendungen finanziert. Diese Finanzierung umfasst die Personalkosten, Honorarmittel, erforderliche Sachmittel sowie die Miete und die Betriebskosten. Die Träger bringen hierfür einen geringen Eigenanteil ein. Teilweise beteiligen sich die Bezirke anteilig an der Finanzierung von Personalstellen. Für besondere Vorhaben werden punktuell zweckgebundene Spenden eingesetzt. Sozialleistungen oder Mittel der Frauen werden für die Finanzierung der Frauenhausplätze nicht herangezogen.

18. Wie viel müssen von Gewalt betroffene Frauen für ihren Aufenthalt in einem Frauenhaus in Berlin pro Tag selbst zahlen (bitte aufschlüsseln nach Frauenhäusern)?

19. Gibt es Regelungen für Frauen, die keinen Anspruch auf Sozialleistungen haben? Falls ja, wie wird sichergestellt, dass ihnen der Zugang zu Frauenhäusern dennoch offensteht?

20. Welche Maßnahmen ergreifen der Senat oder die Bezirke, um sicherzustellen, dass die Kosten für Frauenhäuser keine Hürde für hilfesuchende Frauen darstellen?

Zu 18. bis 20.: Frauen, die vor akuter Gewalt Schutz in einem Frauenhaus suchen, müssen in Berlin keinen finanziellen Beitrag für die Unterbringung leisten. Insofern ist der Zugang auch für Empfängerinnen von Transferleistungen niedrigschwellig möglich. Für ihre Verpflegung und die ihrer Kinder kommen die Bewohnerinnen selbst auf.

Berlin, den 20. Februar 2025

In Vertretung

Micha Klapp

Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung,
Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung